

Erste Allianztagung

Gründung der Allianz Vielfältige Demokratie
dbb forum, Berlin

1. Oktober 2015 12:00 – 21:00 Uhr

2. Oktober 2015 09:00 – 14:00 Uhr

Protokollnotizen der Thementische

1. Bürgerbeteiligung vor Ort: (Wut-) Bürger gegen das Allgemeinwohl?

Kurzimpuls: Dr. Katja Klee und Ernst Weidl

Der Thementisch diskutierte auf Basis des Beispiels Weyarn. Hier wird seit 1992 Bürgerbeteiligung praktiziert, die 2008 in eine vom Gemeinderat beschlossene Bürgerbeteiligungssatzung mündete. Im Rahmen einer Innerortsbebauung kam es zu einem Bürgerbegehren, das von den Gegnern der Bebauung, die die Strukturen der Weyarner Bürgerbeteiligung nicht für sich nutzen konnten und daraufhin eine Bürgerinitiative gründeten, organisiert wurde. Neben Privatinteressen der Anlieger am Bebauungsgebiet („freie Sicht für freie Bürger“) waren es vor allem persönliche Animositäten gegenüber Persönlichkeiten der Gemeinde und insbesondere dem langjährigen Bürgermeister („Denkzettel“), die die Gegner der Bebauung antrieb (Wutbürger?). Dem Bürgerbegehren wurde ein Ratsbegehren entgegengesetzt, die Abstimmung – mit hoher Wahlbeteiligung – ging knapp für das Ratsbegehren und damit für die Innerortsbebauung aus. Aus der Bürgerinitiative gründete sich eine Wählervereinigung, die bei der Gemeinderatswahl 2014 auf Anhieb drei Mandate errang. Sie arbeiten konstruktiv im Gemeinderat mit. Hierdurch wird aus Sicht der Beteiligten eine hohe Beteiligung am Bürgerbegehren/Ratsbegehren erreicht, weil Boden für Partizipationsmöglichkeiten durch langjährige Bürgerbeteiligung bereitet war; mehr Bürger durch Beteiligungsstrukturen an Gemeinderatsarbeit/politische Mitarbeit herangeführt; aufgerissene Gräben innerhalb der Bürgerschaft durch Sacharbeit wieder gefüllt werden. Sie erachten feste Richtlinien für Gemeinden als sinnvoll, um Bürger miteinzubeziehen.

Die Diskussion am Thementisch beschäftigte sich mit den Herausforderungen für Bürgerbeteiligung. So wurde die Gefahr der Spaltung der Bürgerschaft bis hin zu persönlichen Nachteilen thematisiert, die Gefahr dass partikularistische Interessen im Vordergrund zu einer Blockadepolitik führen problematisiert sowie die Frage gestellt: (Wie) Ist deren Überwindung in einem städtischen Umfeld überhaupt möglich? (Ortsteilversammlungen, kleinere Räume schaffen).

Zudem wurde diskutiert, wie man die Leute zu den Aktivitäten bringt: A) Betroffene/Interessierte, die ihre Ideen einbringen, zugänglich sind, aktiv mitarbeiten, B) Menschen, die Technikangst/Technikkritik hegen (sie können teilweise gewonnen werden) C) Politikverdrossene („Lügenpack“ Stuttgart 21). Als wichtig wurde hierbei erachtet, dass ein formelles Verfahren beibehalten werden muss. Demokratie müsse gelernt werden (Moderatoren), das „Allgemeinwohl“ muss herausgearbeitet werden (Interessen herausarbeiten und zusammenführen). Es wurde die These vertreten, dass in diesem Falle viele irrationale Probleme überwunden werden können.

2. Darf´s noch ein wenig mehr sein? Wieviel Bürgerbeteiligung ist angebracht?

Kurzimpuls: Dr. Miriam Freudenberger

Die Diskussion am Thementisch drehte sich um die Feststellung, dass nicht ein Mehr an Bürgerbeteiligung gefordert sei, sondern die Verzahnung der politischen Verfahren (repräsentativ-dialogisch-direkt-demokratisch) verbessert werden muss. Dabei wurde die

Prämisse vertreten, dass Bürgerbeteiligung am besten Wie-Fragen der Umsetzung behandelt, nicht OB-Fragen, da hier die Gefahr von zu starken Einzelinteressen (St. Florian Prinzip, NIMBY-Einstellung) zu groß sei.

Insgesamt wurde mehr Qualität der Bürgerbeteiligung wichtiger eingeschätzt als mehr Quantität. Etwas differenzierter stelle sich aber die Situation im ländlichen Raum dar. Hier könne es nicht zu viel Bürgerbeteiligung geben, da Bürger den ländlichen Raum managen, Strukturen aufbauen und eine überforderte Politik entlasten. Zur besseren Verzahnung wurde auch ein notwendiges Mehr an Transparenz gefordert, auch über die Frage nach dem Nutzen von Bürgerbeteiligung. Hier stellte sich für die Debatte auch die schwierige Frage nach den einzubindenden Gruppen: Wer muss beteiligt werden? Hier wurde die Wichtigkeit der Öffnung von Bürgerbeteiligung auch für weniger aktive Gruppen betont.

3. Demokratie stärken – Die neue Rolle der Parteien in der vielfältigen Demokratie

Kurzimpuls: Dr. Andreas Paust

Die Ausgangsbasis der Diskussion stellte folgende Überlegungen dar: In der Vielfältigen Demokratie haben die Parteien bisher folgende Rollen: in der *repräsentativen Demokratie* etwa durch die Beteiligung an Wahlen und Mitarbeit in politischen Gremien, in der *direkten Demokratie* etwa durch die Initiierung/Unterstützung von Volks- und Bürgerbegehren und die Abgabe von Abstimmungsempfehlungen und in der *dialogorientierten Demokratie* etwa durch die Festlegung von Regeln zur Bürgerbeteiligung, der aktiven Teilnahme von Ratsmitgliedern an Beteiligungsverfahren und der Nutzung von Beteiligungsmethoden im Wahlkampf bzw. bei der Formulierung von Parteiprogrammen.

Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Fragen: Wie können Parteien im Sinne einer Verzahnung von repräsentativer, direkter und dialogorientierter Demokratie zwischen den Säulen wirken? Kann die vielfältige Demokratie die alte Rolle der Parteien wieder beleben? Diskutierte Lösungsvorschläge umfassten etwa die Öffnung der Parteien für neue Formen der Beteiligung (auch ihrer Mitglieder). Es stellt sich aber die Frage, ob Bürgerbeteiligungsverfahren damit (noch) bestehende Parteistrukturen ersetzen? Auch innerparteilich (etwa Personalentscheidungen) wurde Bürgerbeteiligung gefordert, ohne Parteimitgliedschaft obsolet machen zu wollen (Bürgerbeteiligung bei Parteiprogrammen?).

Um die jeweiligen Interessenlagen besser kennenzulernen, wurde die Idee diskutiert, Führungskräfte aus Parteien zu einer Allianztagung/einer AK-Sitzung einzuladen, um mit den Allianzmitgliedern über die Rollen und Zwänge zu diskutieren, denen Parteien/Parteimitglieder unterworfen sind.

4. Vom Denkkzettel zur überlegten Entscheidung - Was soll und was kann direkte Demokratie?

Kurzimpuls: Claudine Nierth

Die Diskussion drehte sich um Möglichkeiten der qualitativen Verbesserung von Volksinitiativen, -begehren, -entscheiden, etwa um den Vorbehalten zu begegnen, die in direktdemokratischen Entscheidungen eine zu starke Zuspitzung auf ja/nein-Antworten

sehen. Hier wurden eine stärkere Zusammenarbeit mit den jeweiligen Parlamenten sowie die Begleitung direktdemokratischer Entscheidungen durch dialogische Beteiligungsverfahren thematisiert.

Verwiesen wurde auch auf das citizens review council/committee in Oregon/USA. Diese „Bürgerbeteiligungs-Planungszellen“ können bei Entstehung einer Volksinitiative tätig werden, helfen, den Antrag/den Gesetzesentwurf zu formulieren und auch die Arbeit in Richtung Parlament erleichtern.

5. Betroffen aber nicht aktiv: Wie beteilige ich stille Gruppen

Kurzimpuls: Hannes Wezel

Die Diskussion am Thementisch baute auf der Feststellung auf, dass politische Teilhabe (etwa im Bereich der Wahlbeteiligung) sozial gespalten ist. Diskutiert wurde dabei anhand von drei Hauptsträngen.

Zum einen wurde dabei darauf hingewiesen, dass die sogenannten „stillen Gruppen“ differenziert betrachtet werden müssen, mitunter die Bezeichnung „still“ nicht zutreffend ist. Mit Bevölkerungsgruppen, welche schwieriger zu erreichen sind, muss differenziert umgegangen werden.

Weiteres Thema der Diskussionen war die Einbindung von Flüchtlingen. Hier wurde die Frage diskutiert, wie man es schaffen kann, Programme zu entwickeln, in denen Flüchtlinge zu Akteuren werden. In diesem Zuge wurde auch betont, dass beide Seiten der Bürgerbeteiligung, Flüchtlinge und Bürger/Anwohner, in den Blick genommen werden müssen.

Schlussendlich wurde festgestellt, dass Beteiligungskonzepte integriert aufgestellt und aufsuchend sowie aktivierend (empowerment) gestaltet sein müssen, um Wirkung zu erzielen. Besonders die Wichtigkeit, Beteiligung im Gesamtsystem, etwa der Lebenswelten einer Kommune, zu sehen wurde betont.

6. Partizipation oder Mitbestimmung – wie mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung umgehen?

Kurzimpuls: Rainer Carius

Die Diskussion am Thementisch beschäftigte sich mit vier Hauptthemen. Zum einen wurden die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung als elementar für die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung angesehen. Sie können die Übernahme von Ergebnissen erschweren und erleichtern und entscheiden damit wesentlich über ihre Verwendung. Zudem wurde als wichtig eingeschätzt, dass der Gegenstand der Beteiligung klar sein müsse und nicht zwangsläufig mit dem Gegenstand der Entscheidung übereinstimmen müsse. Außerdem wurde thematisiert, dass Bürgerbeteiligung eher mehr Anforderungen an die Vorbereitungsarbeiten von Planungsabteilungen stellt, als weniger. In den Planungen von etwa Infrastrukturvorhaben müssen unterschiedliche Varianten erarbeitet werden; im Zweifelsfall Varianten, die von Seiten der Planer nicht bevorzugt werden. Als wichtig wurde zudem eingeschätzt, dass die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung sichtbar gemacht werden und auch in den endgültigen Planungen sichtbar bleiben. Ein „partizipatorischer Fußabdruck“ muss erkennbar sein.

Als vorausgesetzt gesehen wurde, dass Ergebnisse von Bürgerbeteiligung generell gewürdigt und möglichst übernommen werden sollten. Wenn eine Verwendung der Ergebnisse nicht möglich sein sollte, muss eine entsprechende Begründung für diese Entscheidung gegeben werden.

7. Bürger zwischen Protest und konstruktiver Mitbestimmung – welche Kompetenzen braucht die vielfältige Demokratie?

Kurzimpuls: Marie Hoppe

Am Thementisch wurde die Notwendigkeit diskutiert, Konzepte (z.B. Leitlinien oder Satzungen) für die Vielfältige Demokratie bereit zu stellen, die aufzeigen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen können, damit sie andere Wege als den Protest haben. Protest als Form der Mitbestimmung wird aber vermutlich immer bestehen bleiben. Proteste waren in der Vergangenheit oft Treiber und können positives bewirken. Proteste können in Bürgerbeteiligungsprozessen aufgenommen werden. Hier wurde die Notwendigkeit thematisiert, darauf zu achten, dass eine Win-Win Situation geschaffen wird. Somit können die Adressaten ihr Gesicht wahren und sich eher auf Neues oder Anderes einlassen. Personen, die Protest organisieren, besitzen oftmals viele Kompetenzen (Informationen analysieren und verarbeiten, soziale Kompetenzen etc.) und können ein Gewinn sein. Als wichtig wurde herausgestellt, frühzeitig in den Dialog zu kommen, die Diskussionen zu versachlichen, bevor es um Positionen geht. Befindlichkeiten müssen erkannt werden. Als schwierig wurden Situationen eingeschätzt, wenn sich Positionen verhärten.

Als eine Grundvoraussetzung wurde identifiziert, dass Verwaltung und Politik lernen müssen, zuzuhören und zu schauen, was das Gegenüber braucht, um die Informationen aufzunehmen. Moderatoren können dabei übersetzen, damit keine Missverständnisse in der Kommunikation zwischen den "zwei Sprachen" entstehen. Hierbei wurde auch als wichtig eingeschätzt, dass die Verfahren professionell und transparent gestaltet werden. "Blackboxen" müssen frühzeitig identifiziert und der Umgang damit geklärt werden.

Weiterhin wurde festgestellt, dass Politik in der Verantwortung bleibt, nach einer sachgerechten Abwägung zu entscheiden. Die Entscheidungen sollten aber ausführlich begründet werden. Durch einen gesamten Überblick kann Verständnis und im besten Fall Einsicht für getroffene Entscheidungen im Sinne des "Gemeinwohls" entstehen.

Diskutiert wurde zudem, dass es im politischen Entscheidungsprozess immer wieder Öffnungsstellen für Beteiligung braucht. Die Regeln dafür, wie z.B. Leitlinien, sollten nicht in der Hand der einzelnen Kommunen/Städte liegen, sondern flächendeckend verankert werden.

8. Transparente Information: Gratwanderung zwischen zu viel und zu wenig, zu früh und zu spät

Kurzimpuls: Dagmar Langguth

Am Thementisch wurde die Stellung von transparenter Information als Bestandteil oder als Voraussetzung für Beteiligung diskutiert. Hierbei wurde u.a. die Frage gestellt: Ist Information (k)eine Art von Beteiligung?

Unbestritten blieb dabei der hohe Stellenwert von Information bei formeller wie informeller Beteiligung. Durch frühzeitige Information kann Vertrauen geschaffen werden. Auch

wichtig für Betroffene wie für den demokratischen Anspruch ist allerdings die Gewissheit und das Gefühl „Ich werde gehört“. Eine Herausforderung für Information sind dabei allerdings die langen Planungsphasen von Vorhaben, die mit wechselnden Akteuren und Beteiligten einhergehen. Auch die Gefahr sich mit zu frühzeitiger Information angreifbar zu machen wurde diskutiert. Wichtig hierbei ist, dass durch Ehrlichkeit und Offenheit auch die Grenzen von Beteiligung aufgezeigt werden. Zudem sind für Beteiligung nicht unerhebliche personelle und finanzielle Ressourcen notwendig.

Allerdings wurde in diesem Zusammenhang auch auf den großen Kulturwandel in den Verwaltungen hingewiesen, für den auch Deregulierungen und gesetzliche Veränderungen zu prüfen seien. Zudem seien auch Fortbildungen in den Verwaltungen sowie ein Lernprozess für Verwaltungen und Bürger notwendig. Wichtige Impulse hierfür können auch von außen kommen.

9. Kulturwandel oder Überforderung - Öffentliche Verwaltungen und Bürgerbeteiligung

Kurzimpuls: Christoph Meineke

Feststellung am Thementisch war zunächst, dass es in der Verwaltung sowohl Tendenzen der Überforderung wie von einem Kulturwandel gibt. Dieses gilt auch für das Hinterfragen von althergebrachten Strukturen und Grundlagen wie Hierarchien, Amtsgeheimnissen und Dienstwegen. Diese Offenheit der Verwaltung bedingt allerdings eine steigende Komplexität der Vorgänge. Bisherige Eigenlogiken der Verwaltung werden in Frage gestellt. In der Diskussion wird dabei mehrfach auf die VDI 7000-Richtlinie „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten“ hingewiesen, welche zur strukturellen Einbindung von Beteiligungsprozessen beiträgt. Ebenso diskutiert wird die Frage nach einheitlichen Schnittstellen nach außen und einheitlichem Ansprechpartner. Eine weitere zentrale Feststellung war zudem, dass Bürger neue Arten von Übersetzungshilfe von bürokratischen Vorgängen benötigen.

Als Fazit wird festgehalten, dass zu den wichtigsten Punkten das Schulen von Mitarbeitern, die notwendige Bereitstellung von Ressourcen sowie das Einüben neuer Verfahren und Strukturen gehört.

10. Wer zahlt die Zeche? Die Kosten guter Beteiligung

Kurzimpuls: Hanns-Jörg Sippel

Die Diskussionen drehten sich um unterschiedliche Möglichkeiten der Finanzierung von Beteiligung, etwa durch die öffentliche Hand, den jeweiligen Vorhabenträger oder die Umwälzung der Kosten auf den Kunden bzw. Bürger (etwa im Falle des Bundesnetzplanes). Hierbei wurde die These aufgestellt, dass Beteiligung zwar Geld kostet und mitunter teuer ist, Vorhaben (etwa im Infrastrukturbereich) ohne Bürgerbeteiligung noch teurer werden können.

In Bezug auf die Kosten guter Beteiligung wurde zudem die problematische Formel „finanzstarke Gemeinde = mehr (mögliche) Beteiligung“ vs. „finanzschwache Gemeinde = weniger Beteiligung“ diskutiert. Eine Lösung könnte hier die stärkere Beteiligung der Bürger am Haushalt in Form von Bürgerhaushalten darstellen.

Zudem wurde Bürgerbeteiligung als politische Kultur des „mündigen Bürgers“ thematisiert, sowie über die mögliche „neue“ Rolle von Mandatsträgern als Moderatoren und das Verhältnis von ehrenamtlichem Engagement und Bürgerbeteiligung diskutiert.

11. Gemeinsam aktiv werden – Bürgernahe Flüchtlingshilfe

Kurzimpuls: Timo Peters

Am Thementisch wurde die Frage diskutiert, wie die Partizipation von Flüchtlingen zu bewerkstelligen sein kann. Als mögliche Lösung wurden etwa Lokale Bündnisse für Flüchtlingshilfe mit Kleinbudgets thematisiert. Wichtig hierbei ist (neben Grundanforderungen der Gesundheitsversorgung) etwa die Förderung der Eigeninitiative der Flüchtlinge, die auf Selbstständigkeit aufbaut und zielt. So können etwa Flüchtlingscafés von Betroffenen betreut werden und in diesem Rahmen etwa Demokratieexkurse geführt werden. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit der Integration durch Partizipation etwa im Bereich des Wohnens und des Zusammenlebens. Hier sei auch ein Umdenken in der Städtebauplanung notwendig. Ebenso wurden die Chancen für den ländlichen Raum durch Zuwanderung diskutiert, wobei hier allerdings ebenso die Herausforderungen thematisiert wurden. Eine übergreifende Schwierigkeit stellt sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum die Verstetigung des Engagements dar.